

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energienetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer	Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>	ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
		TOP 1: Begrüßung durch den Beiratssprecher Prof. Dr. Beba und Beschlussfassung über die Tagesordnung	
1		Der Sprecher begrüßt die erschienenen Beiratsmitglieder und Zuschauer. Er begrüßt Herrn Lampe, der für die Handelskammer den Sitz von Herrn Dr. Graf übernommen hat, als neues Beiratsmitglied. Zugleich bedankt er sich bei Herrn Dr. Graf für die Mitwirkung im Beirat. Er begrüßt außerdem als Zuschauer die Mitglieder des Frauennetzwerks bei der Stromnetz Hamburg GmbH.	
2	F	Der Sprecher stellt die Beschlussfähigkeit des Hamburger Energienetzbeirats (ENB) fest. Es sind zu Beginn der Sitzung 15 stimmberechtigte Beiratsmitglieder anwesend (die Teilnehmerliste ist diesem Protokoll als <u>Anlage 1</u> beigefügt).	
3	F	Die form- und fristgerechte Einladung durch die Geschäftsstelle (GS) wird festgestellt.	
4		Der Sprecher bedauert, dass dem Beirat die Sitzungsunterlagen zu den Ergebnissen des BUE-Projekts "Erneuerbare Wärme Hamburg", das alternative Varianten für den Ersatz des HKW Wedel entwickelt und bewertet hat, erst am Tag der Sitzung vorgelegt wurden. Nach Rücksprache und Abstimmung mit Herrn Senator Kerstan und dem zuständigen Amtsleiter Herrn Gabanyi schlägt er dem Beirat vor, am 23. November eine zusätzliche Beiratssitzung durchzuführen, auf der der Beirat Gelegenheit hat, die heute vorgestellten Projektergebnisse ggf. zu hinterfragen und diese detailliert sowohl innerhalb des Beirats als auch mit den Projektverantwortlichen zu diskutieren. Er regt an, im Rahmen einer solchen Sondersitzung dann auch eine Bewertung und Empfehlung des Beirats zum Ersatz des HKW Wedel zu beraten und zu beschließen.	
5		Der Sprecher stellt die vorgesehene Tagesordnung (TO) vor. Diese umfasst folgende Punkte:	
6		TOP 1 Begrüßung durch den Energienetzbeiratssprecher und Beschlussfassung über die Tagesordnung	
7		TOP 2 Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung	
8		TOP 3 Aussprache und Verfahrensfestlegung zum Umgang mit Anträgen im Beirat	
9		TOP 4 Bürgerfragestunde	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -1- von -11-
--------------------------------------	----------------------------	-----------------------

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energiernetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer	Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>	ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
10		TOP 5 Kurzdarstellung Sachstand Emissionen HKW Wedel	
11		TOP 6 Sachstand Ersatzlösung HKW Wedel, anschließend Aussprache im Beirat	
12		TOP 7 Verschiedenes	
13	B	Die TO wird vom Beirat einstimmig beschlossen.	
14	F	Die Beiratsmitglieder erklären sich mit dem Vorschlag des Sprechers, am 23. November eine Sondersitzung zu den Ergebnissen des BUE-Projekts zur Ersatzlösung für das HKW Wedel durchzuführen, einverstanden.	
15	F	Herr Braasch bittet darum, auf der Sondersitzung entsprechend dem TOP 6 der heutigen Sitzung auch wieder Gelegenheit zu haben, Anträge zum Themenkomplex Ersatzlösung Wedel kurzfristig bis zur Sitzung einzubringen bzw. bestehende Anträge anzupassen. Gegen diesen Vorschlag gibt es keinen Widerspruch.	
16	B	Herr Gamm erklärt, dass er aufgrund der Kurzfristigkeit der Terminierung an der Sondersitzung nicht teilnehmen kann. Er beantragt, für die Sondersitzung die schriftliche Stimmabgabe zuzulassen. Der Beirat beschließt mehrheitlich (10 dafür), für die Sondersitzung am 23. November eine schriftliche Stimmabgabe zuzulassen.	
		TOP 2: Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung	
17	F	Zum Protokoll der letzten Sitzung werden keine Änderungswünsche geltend gemacht.	
		TOP 3: Aussprache und Verfahrensfestlegung zum Umgang mit Anträgen im Beirat	
18		Der Beiratssprecher erläutert den von ihm eingebrachten Beschlussvorschlag (Anlage 2).	
19		Frau Sparr bedankt sich beim Sprecher für die Initiative und erklärt, dass sie es ebenfalls als unglücklich empfunden hat, wie auf der letzten Sitzung mit dem Antrag von Herrn Dr. Graf umgegangen worden ist und dass sie die Diskussion von Anträgen im Beirat als wich-	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -2- von -11-
--------------------------------------	----------------------------	-----------------------

*A=Auftrag

B=Beschluss

E=Empfehlung

F=Feststellung

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energienetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer	Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>	ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
20		<p>tiges Element der öffentlichen Beiratssitzungen sieht. Sie regt aber an, die Formulierung unter der Nr. 3 noch wie folgt (in kursiv) zu ändern:</p> <p>„3. Der Beirat gibt seinen antragstellenden Mitgliedern grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Anträge im Rahmen der Befassung zu begründen <i>und ermöglicht eine Aussprache zum Antrag.</i>“</p>	
21	B	<p>Der Änderungsantrag von Frau Sparr wird mit 14 Stimmen bei einer Gegenstimme angenommen. Sodann wird der Antrag in seiner geänderten Fassung einstimmig angenommen. Der Beschluss lautet:</p>	
22	B	<p>1. Der Energienetzbeirat (ENB) befasst sich grundsätzlich in seiner nächsten Sitzungen mit an ihn gerichteten Anträgen, wenn diese bis spätestens drei Wochen vor Sitzungstermin eingereicht worden sind. Über die Befassung mit später eingereichten und von den Antragstellerinnen oder Antragstellern als dringlich eingestuften Anträgen entscheidet der Energienetzbeirat auf Grundlage einer Empfehlung des ENB-Sprechers auf der nächsten bzw. der aktuellen Sitzung bei der Beschlussfassung über die Tagesordnung. Anträge, die zur Thematik eines Tagesordnungspunktes gehören, sind während der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes auch unabhängig von einer vorherigen Einreichung zulässig.</p>	
23		<p>2. Nach Eingang von vor dem Sitzungstag eingereichten Anträgen setzt sich der ENB-Sprecher vor Befassung im Beirat mit dem Antragsteller über Antragsinhalt und den weiteren Umgang mit dem Antrag ins Benehmen. Ggf. unterstützt die Geschäftsstelle den Antragsteller bei der Formulierung des Beschlussvorschlags.</p>	
24		<p>3. Der Beirat gibt seinen antragstellenden Mitgliedern grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Anträge im Rahmen der Befassung zu begründen und ermöglicht eine Aussprache zum Antrag.</p>	
25		<p>TOP 4: Bürgerfragen</p> <p>Der Sprecher berichtet, dass den Beirat eine Bürgerfrage vorab erreicht hat. Er bittet den Fragesteller Herrn Windmüller seine Frage (vgl. Anlage 3) noch einmal vorzutragen. Da die Frage aus der Mitte des Beirats nicht beantwortet werden kann, bittet der Sprecher die Vertreter der BUE um Stellungnahme.</p>	
26		<p>Herr Gabanyi erläutert, dass eine Weitergabe von Informationen und Erfahrungen zu dem unter dem Reichstagsgebäude eingerichteten Aquiferspeicher durch die zuständigen Berliner Stellen nicht verweigert worden ist. Allerdings unterscheidet sich der dortige</p>	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -3- von -11-
--------------------------------------	----------------------------	-----------------------

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energienetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer	Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>	ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
27		<p>Speicher so erheblich von dem in Hamburg geplantem, dass eine Übertragbarkeit von Erkenntnissen nur sehr begrenzt möglich ist.</p> <p>Herr Windmüller erklärt, dass ihn die Antwort nicht ganz zufrieden stelle, da er aus dem öffentlichen Termin zu den für den Aquiferspeicher erfolgten Probebohrungen in Erinnerung hat, dass dort gesagt worden sei, dass "die Berliner etwas zurückhalten" würden.</p>	
28		<p>TOP 5: Kurzdarstellung Sachstand Emissionen HKW Wedel</p> <p>Auf der 5. Sitzung des ENB am 19.1.2017 war u. a. durch Vertreter der zuständigen Aufsichtsbehörden des Landes Schleswig-Holstein zum Sachstand der Emissionen des HKW Wedel vorgetragen worden. U. a. war über Maßnahmen berichtet worden, die bis Ende Oktober 2017 ergriffen werden sollten, um die Emissionen zu mindern. Herr Dr. Hünemörder, der für den Beirat den Dialog zwischen Aufsichtsbehörden, betroffenen Bürgern und dem Kraftwerksbetreiber begleitet hat, berichtet zum aktuellen, öffentlich bekannten Sachstand. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf ein vor kurzem erfolgtes, öffentliches Schreiben des zuständigen Ministers Dr. Habeck an die Wedeler Bürgerinitiative.</p>	
29		<p>Herr Wasmuth erläutert für das Unternehmen Vattenfall, dass die Partikel-Messung mittel Bergerhof-Gefäßen ein Jahr lang erfolgen sollen, so dass abschließende Ergebnisberichte erst nach Ablauf der Messungen im April 2018 möglich sind. Er weist daraufhin, dass auch während der Revisionszeit des HKW Wedel Partikeleinlagerungen in den Bergerhoff-Gefäßen stattgefunden haben. Er berichtet außerdem, dass zusätzlich weiterhin Messungen auf zwei Kontrollflächen durchgeführt werden, die durch den TÜV überwacht werden.</p>	
30		<p>Herr Braasch bittet um Auskunft, in welchen Zeiträumen das HKW Wedel seit Beginn der Bergerhof- Messungen im Dauerbetrieb gelaufen ist und ob es seit dem 31.10. schon eine Rückmeldung der zuständigen Aufsichtsbehörde an den Kraftwerksbetreiber gab. Hinsichtlich des Kraftwerkbetriebes verweist Herr Dr. Hünemörder auf die diesbezüglichen Informationen im Schreiben von Herrn Minister Dr. Habeck. Das Anlaufen des Kraftwerks für den Dauerbetrieb erfolgte demnach im August.</p> <p>Herr Wasmuth teilt mit, dass eine Untersagungsverfügung o. ä. auch nach dem 31.10. durch die Aufsichtsbehörde nicht erfolgt ist.</p>	
31		<p>Herr Siegler stellt den von ihm gestellten Antrag (Anlage zu TOP 5) zur Positionierung des ENB zu diesem Thema vor. Er verweist auf den durch den Rat der Stadt Wedel gefassten Beschluss sowie die auf der letzten Sitzung von Frau Harder an den ENB gerichtete Frage, wie sich dieser dazu positioniere.</p>	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -4- von -11-
---	-----------------------------------	------------------------------

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energienetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer		Verteiler
Siehe <u>Anlage 1.</u>		ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
32		Herr Ederhof unterstützt das Anliegen von Herrn Siegler und bekräftigt, dass er es für relevant hält, dass sich der Beirat hier auch gegenüber der für das HKW Wedel in der FHH zuständigen Fachbehörde positioniert.	
33		Herr Prof. Dr. Beba hält einen Beschluss des ENB zu dieser Frage für nicht sachgerecht. Grundsätzlich sieht er Forderungen nach einer Abschaltung oder Betriebseinschränkung des HKW Wedel eher im Zusammenhang mit der nationalen, politischen Diskussion zum Kohleausstieg.	
34		Frau Sparr erklärt, dass ihr der Antrag auf den ersten Blick zwar sympathisch erscheint, sie auf den zweiten Blick aber feststellen muss, dass die dort vertretenen Forderungen zum einen durch Hamburg nicht erfüllt werden könnten und zum anderen die Zusammenhänge so komplex sind, dass ihr die Forderungen noch nicht hinreichend durchdacht erscheinen.	
35		Frau Dr. Schaal hält ebenfalls die Zuständigkeit der FHH und in Folge des ENB für nicht gegeben. Sie berichtet aber, dass für den 24. November eine gemeinsame Sitzung der für Umwelt zuständigen Ausschüsse der Hamburger Bürgerschaft und des Landtags von Schleswig-Holstein geplant ist. Dort steht dann auch das Thema HKW Wedel auf der TO. Sie hält dies für ein für dieses Thema besser geeignetes Format.	
36		Herr Gamm schließt sich den kritischen Hinweisen seiner beiden Vorrednerinnen zum vorliegenden Antrag an.	
37		Herr Jersch hat den Eindruck, dass es sich bei dem Verhalten von Aufsichtsbehörden und Kraftwerksbetreiber zumindest ein Stück weit um ein Zeitspiel zu Lasten der Umwelt und der Gesundheit der Anwohner handelt. Er ist der Auffassung, dass das Emissionsverhalten des HKW Wedel spätestens dann für die FHH und den ENB unmittelbar relevant ist, wenn die Fernwärmegesellschaft und auch das HKW entsprechend vollständig in Besitz der FHH sind.	
38		Herr Dr. Hünemörder begrüßt, dass das Thema im Rahmen einer gemeinsamen Umweltausschusssitzung aufgegriffen wird und regt an, dass der Beirat eine Beschlussfassung zu diesem Thema vor diesem Hintergrund zurückstellt. Diesem Vorschlag möchte sich Herr Siegler aber nicht anschließen.	
39		Herr Völker weist daraufhin, dass es alleine in diesem Jahr sieben Partikelausträge aus dem HKW Wedel gegeben habe. Er hat den Eindruck, dass das HKW "kaputtrepariert" ist und wirft die Frage auf, wie viele Nachbesserungsgelegenheiten man dem Betreiber denn noch geben will, bevor man von einer Nichtabstellbarkeit der Mängel ausgeht.	
40		Herr Braasch weist daraufhin, dass der vorliegende Antrag seiner Einschätzung nach dem	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -5- von -11-
---	-----------------------------------	------------------------------

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energiernetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer	Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>	ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
41		"Vorsorgeprinzip" folgt. Demnach sollte das Kraftwerk zumindest solange außer Betrieb bleiben, bis die Ursache für die übermäßigen Emissionen geklärt ist und solange das HKW nicht zwingend für die Wärmeversorgung erforderlich ist. Frau Sparr macht deutlich, dass es ihr nicht darum geht, die Partikelemissionen nicht zur Kenntnis zu nehmen, sie aber für Hamburg weder aufsichtsrechtlich noch gesellschaftsrechtlich eine Grundlage sieht, dass HKW abschalten zu lassen.	
42		Über den Antrag von Herrn Siegler wird mit folgendem Ergebnis abgestimmt: Dafür: 6 Dagegen: 7 Enthaltung: 2	
43	F	Damit ist der Antrag nicht angenommen.	
44		TOP 6: Sachstand Ersatzlösung HKW Wedel Herr Senator Kerstan erläutert, dass die Ergebnisse des Projekts "Erneuerbare Wärme Hamburg" am 9. November von der durch die BUE eingesetzten Lenkungsgruppe vorgestellt werden sollen. Insoweit befindet sich die Projektarbeit derzeit "auf der Zielgeraden". Er bedauert, dass es nicht gelungen ist, dem Beirat die Präsentation zu den noch vorläufigen Projektergebnissen früher vorzulegen und bittet hierfür um Verständnis. Er weist daraufhin, dass es sich im Folgenden ausschließlich um die Ergebnisse des BUE-Projektes und nicht schon um die Haltung des Senats oder der VWH handelt.	
45		Er erklärt, dass es sein Ziel ist, bis zur Aufsichtsratssitzung der VWH am 15. Dezember zu einer gemeinsamen Position mit dem Unternehmen Vattenfall als Mehrheitsgesellschafter der VWH zu kommen.	
46		Herr Dr. Beckereit, berichtet als Leiter des Projekts „Erneuerbare Wärme Hamburg“ anhand einer diesem Protokoll als Anlage 4 beigefügten Präsentation von den vorläufigen Projektergebnissen. U. a. erläutert er, dass aufgrund der hohen Unsicherheit über die Entwicklung der Energiemärkte im Rahmen des Projekts mit zwei Energiemarktszenarien gearbeitet wird. Eines geht von stabilen Preisen aus, das andere von einem deutlichen Anstieg der Energiepreise.	
47		Die durch das Projekt empfohlenen Varianten haben sich unter beiden Szenarien als vorteilhaft dargestellt, so dass von einer Robustheit der Empfehlungen auch für zwischen den beiden angenommenen Energiemarktszenarien liegende Entwicklungen der ausge-	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -6- von -11-
---	-----------------------------------	------------------------------

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energienetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer	Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>	ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
48		gangen wird. Herr Dr. Beckereit weist daraufhin, dass er südlich der Elbe weitere Abwärmepotenziale erwartet.	
49		Zum Abschluss seines Vortrages macht Herr Dr. Beckereit noch einmal deutlich, dass es sich bei der Präsentation noch um einen Zwischenstand handelt; durch die Teilprojekte sollen endgültige Zahlen in der nächsten Woche an die Gesamtprojektleitung geliefert werden. Etwaige Aktualisierungen sollen dem ENB dann am 23.11. vorgestellt werden. Aufgrund von Nachfragen ergeben sich aus Äußerungen von Herrn Dr. Beckereit und den Vertretern der BUE u. a. folgende zusätzliche Punkte:	
50		<ul style="list-style-type: none"> • Eine mit der etwaigen Beklagung einer Ersatzlösung bzw. einzelner Komponenten davon einhergehendes Klagerisiko erscheint nicht kalkulierbar und ist daher bei der im Rahmen des Projekts erfolgten Kalkulation der alternativen Lösungsvarianten nicht berücksichtigt. 	
51		<ul style="list-style-type: none"> • Die angenommenen Kosten für eine Umstellung des HKW Tiefstack auf Gas beruhen auf einer ersten Schätzung der VWH. 	
52		<ul style="list-style-type: none"> • Da im Rahmen der vom Projekt vorgeschlagenen Ersatzlösung Wärme durch unterschiedliche Unternehmen zugeliefert würde und dafür erforderliche Investitionen jeweils hauptsächlich durch die wärmeabgebenden Unternehmen zu erfolgen haben, werden die Investitionskosten auf Gesamtprojektebene im Wesentlichen über die Wärmebezugspreise berücksichtigt. Die Gesamtinvestitionskosten für die Realisierung der Südvariante können grob auf 550 – 650 Mio. Euro geschätzt werden. 	
53		<ul style="list-style-type: none"> • Die durch das Projekt für die Süd- und für die Nordvariante eingehend geprüften und berechneten Standorte und Anlagentypen stellen das Ergebnis eines umfassenden Screeningprozesses dar. Andere Standorte und / oder Anlagentypen – auch jene, die als sog. „NGO-Variante“ in einem Aufsatz von Herrn Prof. Dr. Rabenstein vertreten werden, sind nicht oder nicht wirtschaftlich umsetzbar. U. a. sind die notwendigen Solarthermieflächen im Norden nicht verfügbar. 	
54		<ul style="list-style-type: none"> • Für weitere Standorte und / oder Anlagentypen dennoch gleichermaßen detaillierte Prüfungen und Berechnungen durchzuführen, ist im Projekt – im Hinblick auf dessen Zielrichtung, eine möglichst rasche Ersatzlösung Wedel zu entwickeln, sowie den Ressourcenaufwand – nicht sinnvoll: der ENB könne dies gegebenenfalls mit ihm zur Verfügung stehenden eigenen Mitteln beauftragen. 	
55		<ul style="list-style-type: none"> • Derzeit ist die politische Vorgabe an das Projekt, dass die Preissteigerungen für den Wärmeendkunden aufgrund des Ersatzes der Wärme aus dem HKW Wedel mehr als 	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -7- von -11-
---	-----------------------------------	------------------------------

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung	
10. Sitzung Energienetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr	
Teilnehmer		Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>		ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	
Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
56		<p>10% nicht überschreiten dürfen, was den Preissteigerungsraten fossiler Brennstoffe in der Vergangenheit entspricht.</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Projektergebnisse weisen darauf hin, dass insbesondere das Südszenario dazu geeignet ist, den Fernwärmepreis langfristig stärker von der Preisentwicklung auf den Energiemärkten zu entkoppeln. 	
57		<ul style="list-style-type: none"> Bei der vorgesehenen Wärmelieferung aus dem „Ersatz-BS“ in Stellingen (ZRE) handelt es sich um die Verbrennung von aufbereitetem Müll aus den stark verdichteten Stadtteilen (Müll aus den „rosa Säcken“). 	
58		<ul style="list-style-type: none"> Bei der Abschätzung der sich aus der Südvariante ergebenden CO₂- Emissionen ist die damit einhergehende Umstellung der Wärmebelieferung der Ölwerke Schindler nicht enthalten, wird aber im Rahmen einer Gesamtbetrachtung berücksichtigt. 	
59		<ul style="list-style-type: none"> Wie die Wärmeleitungen bei der Südvariante konkret verlaufen würden, ist noch nicht entschieden; es handelt sich im Foliensatz ausschließlich um eine vorläufige, schematische Darstellung. 	
60		<ul style="list-style-type: none"> Wärme aus einer am Standort des Kraftwerks Moorburg angedachten großen Power-to-Heat (PtH) - Anlage ist nicht Bestandteil des vom Projekt vorgeschlagenen Ersatzkonzepts. 	
61		<ul style="list-style-type: none"> Fragen der Beiräte an die BUE zum Sachstand Ersatzlösung HKW Wedel, die z. T. schon schriftlich eingereicht wurden, sollen ausnahmsweise – zumindest sofern eine Beantwortung nicht schon im Rahmen dieser Sitzung erfolgt ist – schriftlich im Nachgang der Sitzung bzw. in Vorbereitung der Sondersitzung am 23.11. erfolgen. 	
62		Herr Senator Kerstan führt ergänzend zum Vortrag u. a. folgendes aus:	
63		<ul style="list-style-type: none"> Mit dem vorliegenden BUE-Konzept würde Hamburg –für den Bereich der Fernwärme – die in Paris vereinbarten Klimaziele zur Minderung der Thg-Emissionen gegenüber dem Stand von 1990 übererfüllen. 	
64		<ul style="list-style-type: none"> Die anstehenden Entscheidungen zum Ersatz des HKW Wedel und zum vollständigen Kauf der VWH durch die FHH sind zwei unterschiedliche, allerdings inhaltlich zusammenhängende Prozesse. 	
65		Für die Fernwärmegesellschaft führt Herr Wasmuth aufgrund von an ihn gerichteten Fragen unter anderem folgendes aus:	
66		<ul style="list-style-type: none"> Die weitere Entwicklung des Standortes Haferweg steht in einer gewissen Konkurrenzsituation zur wohnungswirtschaftlichen Entwicklung des angrenzenden Areals 	
Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz		Erstelldatum 22.02.2018	Seite -8- von -11-

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energienetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer	Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>	ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
67		um den neuen Fernbahnhof „Diebsteich“. <ul style="list-style-type: none"> Für das Grundstück am Haferweg bestehen Mietverträge mit einer Laufzeit bis 2021, durch die die zeitliche Verfügbarkeit des Grundstücks eingeschränkt ist. Zudem erfordert die Verlagerung des dort befindlichen Schlackelagers das Finden und Erschließen einer entsprechenden Ausgleichsfläche. 	
68		<ul style="list-style-type: none"> Zum Stand der laufenden Verhandlungen zwischen der VWH und der Aurubis AG über die Abnahme von Wärme können keine Auskünfte gegeben werden. 	
69		<ul style="list-style-type: none"> Der Verbindungspunkt („Hub“) der zu errichtenden Wärmeleitungen südlich der Elbe liegt voraussichtlich neben der MVR auf einer Fläche der HPA. 	
70		<ul style="list-style-type: none"> Wenn die FHH die Kaufoption ausübt, kauft sie auch die Kraftwerke in Tiefstack und in Wedel (derzeit noch keine Anteile bei der FHH). 	
71		<ul style="list-style-type: none"> VWH hat an dem von Herrn Dr. Beckereit vorgestelltem Konzept mitgearbeitet, dieses aber nicht als eigenes Konzept erarbeitet. Grundsätzlich werden bei VWH auch die in der Präsentation aufgezeigten Vorteile der Südvariante gesehen. 	
72		<ul style="list-style-type: none"> Das Unternehmen Vattenfall als derzeitiger Mehrheitsgesellschafter der VWH sieht sich ebenfalls dem Ziel einer CO2-armen Energieversorgung und den Klimazielen verpflichtet und geht davon aus, dass die Nutzung des Brennstoffs Kohle endlich ist. Von daher geht Herr Wasmuth davon aus, dass der Dissens zwischen den Gesellschaftern BUE und Vattenfall über die Ersatzlösung für das HKW Wedel zwar gegeben ist, aber nicht so groß ist, wie von einigen vielleicht vermutet. 	
73		In Ergänzung zu den inhaltlichen Fragen an die Vertreter von BUE und VWH ergeben sich aus der Mitte des Beirats u. a. folgende Hinweise und Meinungsäußerungen:	
74		<ul style="list-style-type: none"> Herr Braasch begrüßt, dass es hinsichtlich Umfang und Qualität der dem Beirat zur Verfügung gestellten Informationen gegenüber den letzten Sitzungen eine deutliche Verbesserung gegeben hat. Er bittet aber um eine nachvollziehbarere Darstellung der Investitionskosten für die unterschiedlichen Varianten. Er bittet außerdem darum, dass durch die BUE konkreter erläutert wird, warum alternative Anlagen- und / oder Standortvorschläge nicht weiterverfolgt wurden. Hinsichtlich der Frage einer Beklagung eines Planfeststellungsbeschlusses für eine Wärmetrasse unter der Elbe zur Realisierung der Südvariante teilt Herr Braasch mit, dass sich der BUND damit noch nicht abschließend befasst hat. 	
75		<ul style="list-style-type: none"> Herr Siegler stellt fest, dass die von der BUE im Rahmen des Projekts untersuchte und vorgestellte Nordvariante nicht die von Herrn Prof. Dr. Rabenstein vorgeschlagenen Standorte und Anlagentypen übernommen hat. Da der entsprechende Vorschlag be- 	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -9- von -11-
---	-----------------------------------	------------------------------

Projekt / Thema	Zeitdauer der Sitzung
10. Sitzung Energiernetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)	17:12 – 20:15 Uhr
Teilnehmer	Verteiler
Siehe <u>Anlage 1.</u>	ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI

Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
76		<p>reits seit längerem vorliegt, geht er davon aus, dass es am politischen Willen mangelt. Er hält eine gleichwertige Prüfung der vorgeschlagenen sog. „NGO-Variante“ für erforderlich.</p> <ul style="list-style-type: none"> Herr Gamm weist auf die hohe Komplexität des vorgestellten Ersatzszenarios hin und geht davon aus, dass dieses zu erheblichen Preissteigerungen für die Fernwärmekunden führen wird. 	
77		<ul style="list-style-type: none"> Frau Sparr begrüßt insbesondere die sich durch den Vorschlag des BUE-Projekts ergebenden CO₂-Einsparungen. Ein Vorteil der aufgezeigten Lösungsvariante ist aus ihrer Sicht außerdem die sich aus dem modularen Ansatz ergebende Flexibilität und die einfachere Besicherung der einzelnen Module. 	
78		<ul style="list-style-type: none"> Frau Dr. Schaal begrüßt, dass im Rahmen der vorgeschlagenen Ersatzlösung der Weg geöffnet wird, um südlich der Elbe vorhandene Wärmepotenziale längerfristig erschließen zu können. 	
79		<ul style="list-style-type: none"> Herr Prof. Dr. Beba hält die durch Herrn Dr. Beckereit vorgestellte Betrachtungsweise des Projekts für solide und seriös. Er regt aber an, im Weiteren noch deutlicher herauszuarbeiten, welche Variabilität das Konzept für die Integration weiterer Technologien wie z. B. PtH bietet. Er weist außerdem darauf hin, dass es die gewollte Energiewende nicht zum „Nulltarif“ gibt. Aufgrund des derzeitigen energiemarktlchen Rahmens zu erwartende Preissteigerungen dem Projekt vorzuhalten, hielte er für unfair. 	
80		<ul style="list-style-type: none"> Herr Jersch hält eine dezentrale Ersatzlösung grundsätzlich für richtig. Er weist auf den seiner Einschätzung nach bestehenden engen Zusammenhang der Ersatzlösung zur Rückkaufentscheidung hin. Er zweifelt daran, dass die aus seiner Sicht notwendige alsbaldige Entscheidung zu einer Ersatzlösung bereits vor der von ihm erst für Mitte 2018 erwarteten Rückkaufentscheidung getroffen werden kann. Hinsichtlich der vom Projekt verworfenen Integration von Solarthermie hält er es für unbegreiflich, dass die Flächenverfügbarkeit im Hafengebiet an dem öffentlichen Unternehmen HPA scheitert. 	
81		<ul style="list-style-type: none"> Frau Kohrs hält es für unseriös, dass im Rahmen der durch das Projekt erfolgten Bewertung die sich als Folge der Südvariante ergebende Belieferung eines Industrieunternehmens mit Wärme anstatt aus der MVR aus dem Kohlekraftwerk Moorburg nicht betrachtet wurde. 	
82		<p>Der Beiratssprecher bittet die ENB-Mitglieder abschließend darum, eventuelle weitere Fragen zu den vorläufigen Projektergebnissen binnen der nächsten Woche schriftlich an die Geschäftsstelle zu senden. Er bittet die Beiratsmitglieder außerdem darum, ihm oder der Geschäftsstelle binnen der nächsten 14 Tage eventuelle Bewertungen zu den vorge-</p>	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -10- von -11-
---	-----------------------------------	-------------------------------

Projekt / Thema		Zeitdauer der Sitzung	
10. Sitzung Energienetzbeirat am 02.11.2017, Behörde für Umwelt und Energie (BUE)		17:12 – 20:15 Uhr	
Teilnehmer		Verteiler	
Siehe <u>Anlage 1.</u>		ENB-Mitglieder und Stellvertreter; Netzgesellschaften SNH, HNG und VWH; BUE; BWVI	
Lfd. Nr.	Art*	Themen / Stichwort / Kurztext der Ergebnisse	Zu erledigen durch / bis
		stellten Projektergebnissen und Ersatzlösungsvorschlag der BUE zuzusenden, um abschätzen zu können, ob der Beirat zu einer möglichst gemeinsamen Bewertung und Empfehlung kommen kann.	
83		Herr Braasch erklärt, dass der von ihm ursprünglich bereits zur vorherigen Sitzung eingereichte Antrag noch einmal bis zur Sondersitzung am 23.11. zurückgestellt wird.	
84		Herr Lampe erklärt, dass der vor seiner Ernennung von Frau Glawe gestellte Antrag b. a. w. zurückgestellt wird. Damit entfällt die Aussprache und Abstimmung zu diesem Antrag.	
85		TOP 7: Verschiedenes Auf Nachfrage erklärt Herr Senator Kerstan, dass die dem Beirat für die Jahre 2016 und 2017 zur Hinzuziehung sachverständiger Dritter zur Verfügung gestellten, nicht ausgeschöpften Mittel für diesen Zweck auch noch in 2018 eingesetzt werden können. -----	
86		Der Sprecher beendet die Sitzung um 20:15 Uhr.	

Ersteller M. Wehmeyer/ R. Korkmaz	Erstelldatum 22.02.2018	Seite -11- von -11-
---	-----------------------------------	-------------------------------

*A=Auftrag

B=Beschluss

E=Empfehlung

F=Feststellung

Ergänzungen zum Protokoll der ENB-Sitzung am 2.11.2017

Alle Ergänzungen beziehen sich auf TOP 6

1. Es fehlen die Aussagen von Herrn Senator Kerstan in TOP 6 zu angeblichen Kostensteigerungen der Fernwärme der Stadtwerke Kiel von 30 % bis 40 %.

Ein Emailaustausch zu diesem Punkt hat bereits mit Herrn ██████████ stattgefunden (meine Schreiben an ihn vom 19.11.2017 und vom 20.11.2017). Da Herr ██████████ abstritt, dass es diese Aussagen von Herrn Senator Kerstan gegeben habe, wurde sogar eine Ohrenzeugenliste erstellt. In der Sitzung am 23.11.2017 bestätigten Herr Senator Kerstan und Herr Gabanyi die betreffenden Aussagen.

Dieser Punkt darf im Protokoll der Sitzung am 2.11.2017 nicht weggelassen werden, da sich hierauf ein zur Sitzung am 23.11.2013 eingereichter „Antrag zur Diskussion um die Fernwärmepreise der Stadtwerke Kiel und die zukünftigen Fernwärmepreise der Vattenfall Wärme Hamburg“, der in dieser Sitzung behandelt wurde, sowie eine unterstützende „Dokumentation zur Diskussion um die Fernwärmepreise der Stadtwerke Kiel und die zukünftigen Fernwärmepreise der Vattenfall Wärme Hamburg“ beziehen.

Falls dieser fehlende Protokollpunkt nicht in voller inhaltlicher Übereinstimmung mit der folgenden Formulierung in das Protokoll aufgenommen werden wird, soll nach § 8 Abs. (2) der Geschäftsordnung des ENB im Protokoll der folgende Text dokumentiert werden:

„Herr Senator Kerstan berichtet, dass von ihm Preiserhöhungen der Hamburger Fernwärme infolge des von der BUE präferierten Ersatzes des Heizkraftwerks Wedel durch die „Südvariante“, auf maximal 10 % schätzt werden. In diesem Zusammenhang erklärt Herr Senator Kerstan, dass es in der Fernwärme der Stadtwerke Kiel Preiserhöhungen von 30 % bis 40 % gebe.“

2. Es fehlt jeder Bezug zu Fragen verschiedener Mitglieder, wann das Gutachten von LBD endlich veröffentlicht werden würde und zu der Ankündigung der BUE: „In einigen Wochen“.

3. Es fehlt die Infragestellung der Ankündigung eines Brennstoffwechsels im Heizkraftwerk Tiefstack im Jahr 2025 von Kohle auf Gas (Punkt 51) beispielsweise durch Herrn Völker, der darauf hinwies, dass ein Umbau der 3. Linie der Müllverbrennungsanlage Borsigstraße zu einem viel größeren Wärmeanteil günstiger sei und Vorrang haben müsse.

4. Es fehlen Fragen von Herr Ederhof an Herrn Dr. Beckereit, mit welcher Leistung die Power-to-Heat-Anlage in die präsentierten Berechnungen eingeflossen sei und die Antwort von Herrn Dr. Beckereit, die PtH-Anlage sei nicht einberechnet, sondern eine Zukunftsoption.

5. Es fehlt die Kritik von Herrn Ederhof, dass die Wärmekosten der präsentierten Varianten „komplett intransparent“ seien und die Antwort von Herrn Dr. Beckereit, es werde hierfür eine Lösung geben.

6. Es fehlt komplett die Forderung mit Antragstellung von Herrn Siegler zu einem Vergleich der „NRO-Nordvariante“ mit der „Südvariante“ im Rahmen der Projektierung der BUE.

Falls dieser fehlende Protokollpunkt nicht in voller inhaltlicher Übereinstimmung mit der folgenden Formulierung in das Protokoll aufgenommen werden wird, soll nach § 8 Abs. (2) der Geschäftsordnung des ENB im Protokoll der folgende Text dokumentiert werden:

„Herr Siegler führt aus, dass die von Nichtregierungsorganisationen vorgeschlagene Nordvariante mit einem Schwerpunkt der Anlagen für den Ersatz des HKW Wedel am Energiestandort Stellingen sehr ernsthaft ausgearbeitet und genau durchgerechnet worden sei („NRO-Gutachten“: Rabenstein, D. u. a.: Nord-Szenario oder Süd-Szenario für den Ersatz

des Heizkraftwerks Wedel? Version 1.0, 24.6.2017; Überarbeitete Fassung Version 1.1, 13.9.2017). Es sei daher nicht akzeptabel, dass diese Variante, die nach seiner Kenntnis in den meisten Kriterien der Südvariante überlegen sei, nicht in der Projektierung gleichwertig und ergebnisoffen mit der Südvariante der BUE verglichen werden solle. Herr Siegler beantragte daher, die BUE solle einen solchen Vergleich durchführen.

Herr Senator Kerstan erklärte, die BUE könne das nicht machen. Die hierfür benötigten Finanzmittel stünden der BUE nicht zur Verfügung.

Herr Siegler entgegnete, die BUE wolle es nicht machen. Herr Siegler erklärte, aus diesem Grund verzichte er auf eine Abstimmung seines Antrags und ziehe diesen zurück, da der politische Wille für diesen gleichwertigen und ergebnisoffenen Vergleich fehle.“

7. Es fehlt: Herr Ederhof schlägt vor, Finanzmittel des ENB für die Verbesserung der akustischen Anlage der BUE einzusetzen, da diese seit langem sehr unzureichend sei. Herr Braasch widerspricht dem Einsatz von Finanzmitteln des ENB für diesen Zweck.

Gilbert Siegler, 28.2.2018